

Sicherheit, Recht und Ordnung



Kriminelle hart anpacken

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine verantwortungslose Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum «Schengen»-Raum führten dazu, dass auch unser Land von immer mehr Gewalt – vor allem durch nicht integrierte Ausländer – geprägt ist. In der Schweiz muss endlich wieder Sicherheit herrschen, wir dürfen kein Eldorado für Kriminelle sein. Eine effiziente Nulltoleranz-Praxis, insbesondere bei Gewaltdelikten, mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Strafvollzug, muss strikt durchgesetzt werden.



Deborah Isliker
Privatkundenberaterin Regionalbank

“ **Importierte Gewalt führt dazu, dass ich mich als Frau zunehmend unsicher fühle auf unseren Strassen. Es ist höchste Zeit, dass Recht und Ordnung wiederhergestellt und kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden.** ”

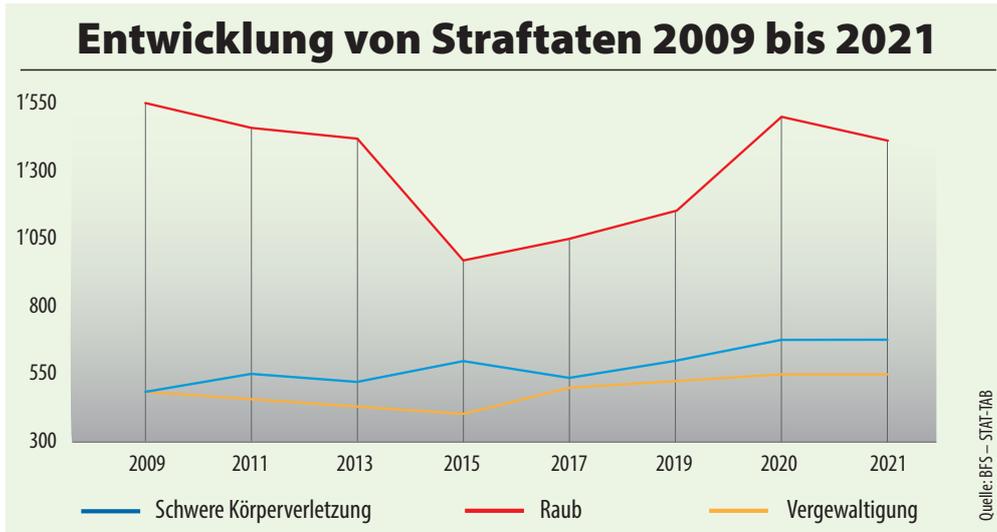
Eldorado der schweren Gewalt

Bis zur Corona-Pandemie 2019 wurden durchschnittlich 100 Einbrüche pro Tag begangen und das Total aller Gewaltstraftaten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner erhöhte sich auf 5,3 Promille. Auffällig und speziell ist nun der Lock-down-Effekt: Während des Corona-Jahres 2020 nahmen die schweren Gewaltstraftaten, darunter die Vergewaltigungen, markant zu. Die Vergewaltigungen nahmen 2021 nochmals um 44 auf insgesamt 757 zu! Dies ist der höchste Wert der letzten zehn Jahre! Aus Sicht der SVP besteht nach wie vor drin-

gender Handlungsbedarf: Nebst abschreckenden Strafrahen (unbedingte Gefängnisstrafe bei verurteilten Vergewaltigern) ist unbedingt die Polizei zugunsten einer wirksamen Strafverfolgung mit genügend Mitteln zu stärken. Die SVP fordert Opferschutz statt Täterschutz!

Cyberkriminalität den Stecker ziehen

Die während der Corona-Pandemie boomenden digitalen Straftaten verteilen sich auf drei Bereiche: «Cyber-Wirtschaftskriminalität», «Cyber-Sexualdelikte» sowie «Cyber-Rufschädigung und unlautes Verhalten». Am stärksten vertreten ist Cyberbetrug, ein Teilbereich der Cyber-Wirtschaftskriminalität. Allein im Jahr 2021 wurden von der Polizei 30'351 Straftaten mit einer digitalen Komponente registriert; das sind 24 Prozent mehr als 2020 und entspricht einem Durchschnitt von 83 digitalen Straftaten pro Tag. Es gibt mittlerweile Widerhandlungen, welche überwiegend «digital» verübt werden, so z. B. Datenbeschädigung, Pornografie, Geld-



wäscherei und Betrug. 2021 haben alleine im digitalen Bereich innerhalb eines Jahres die Erpressung um 83 Prozent und der Betrug um 27 Prozent zugenommen! Aus Sicht der SVP ist die stark wachsende Bedrohung unserer Bevölkerung im Bereich der Cyberkriminalität ohne Wenn und Aber zu bekämpfen. Es ist höchste Zeit, mit geeigneten Massnahmen die Rechtssicherheit im digitalen Raum zu gewährleisten, um so mit dem raschen kriminellen Strukturwandel in Zukunft mithalten zu können.

Kuscheljustiz beenden

Dass es Ersttäter gibt, wird man nie ganz verhindern können. Für Wiederholungstäter aber tragen Politik und Justiz die Mitverantwortung. Im offenen Strafvollzug und bei der laschen Urlaubspraxis gibt es immer wieder tödliche Fehlbeurteilungen, wobei am Schluss niemand zuständig sein will. Auch nach Entlassung aus der Haft kommt es zu Rückfällen (2018 waren es 19,6 Prozent). Insbesondere rückfallgefährdete Mörder, Vergewaltiger und Pädophile gehören in Verwahrung. Der Schutz der Gesellschaft ist höher zu gewichten als eine allfällige Heilung der Intensivtäter. Ohnehin hat sich bei den in- und ausländischen Kriminellen bereits herumgesprochen: In der Schweiz gibt es viel zu holen. Und wird man einmal erwischt, erhält man aufgrund unserer milden Rechtsprechung eine geringe Bestrafung, vielfache Einsprachemöglichkeiten und vergleichsweise luxuriöse Gefängnisse. Fussball- und Tennisplätze, Fitness-Studios und Hallenbäder gehören oft zum Standard. Und ausserdem Ker-

zenziehen, Silbergiessen, therapeutisches Musizieren, Fernsehen und mehrmals täglich eine reiche Menüauswahl (vom muslimischen bis zum vegetarischen Menü). Müssen wir uns wundern, wenn der heutige Strafvollzug die Steuerzahler dank der integrativen Kuscheljustiz jährlich rund eine Milliarde Franken kostet?

Schweiz als Mekka der ausländischen Kriminellen

Kriminelle Clans, Banden, Verbrecher und Terroristen: Selbst bei schweren Straftaten gelingt es immer noch nicht, Täter mit Migrationshintergrund konsequent auszuweisen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits entschieden, dass die Schweiz einen verurteilten Vergewaltiger nicht ausweisen darf. Ein ähnliches Urteil wurde bei einem Schläger aus Deutschland gefällt. Für die SVP sind diese und ähnliche Urteile absolut inakzeptabel. Wie lange müssen wir uns solchen Unfug noch zumuten? Die SVP fordert, dass die Ausschaffung krimineller Ausländer konsequent umgesetzt wird, so wie es das Volk mit der Ausschaffungsinitiative bestimmt hat. In der Schweiz hat wieder unser Verfassungsrecht zu gelten! Die Übervertretung von straffälligen Ausländern in Kombination mit der vorherrschenden Kuscheljustiz ist die Folge der Masseneinwanderung und der verfehlten Asylpolitik. 70 Prozent aller Insassen von Haftanstalten sind Ausländer, 49 Prozent der Untersuchungshäftlinge sind «Sans-Papiers». In 42 Prozent aller Fälle wurde die sogenannte «Härtefallklausel» ausgerufen, das heisst, die Kriminellen wurden trotz Verfassungsauftrag nicht ausgeschafft. Dies ist unhaltbarer

Täterschutz statt Opferschutz – obwohl die anderen Parteien eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen hatten.

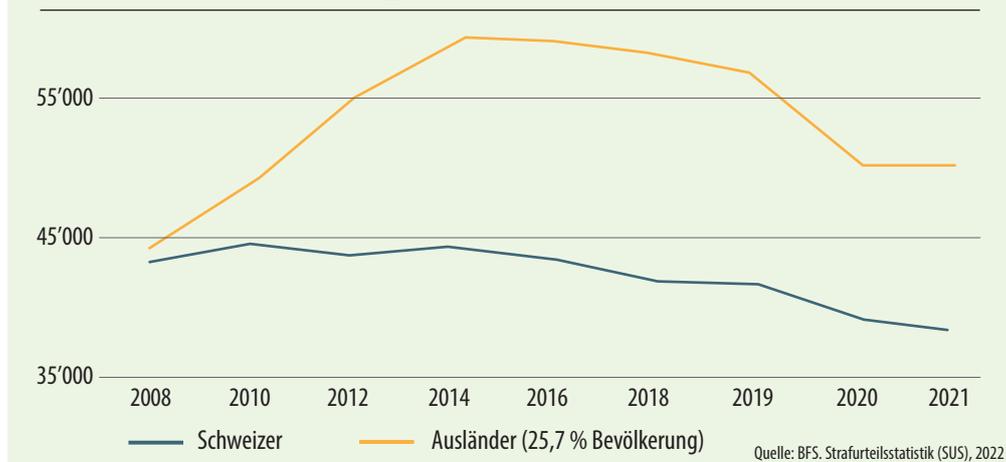
Jünger, gewalttätiger, skrupelloser

Die SVP fordert dringend eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Denn auch die Jugendkriminalität und Jugendbrutalität zeigen leider eine bedenkliche Entwicklung. Im Jahr 2021 wurden 8'578 Jugendurteile aufgrund von Widerhand-

lungen gegen das Strafgesetzbuch ausgesprochen, das sind 6,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Wert hat seit 2018 stark zugenommen (+27,5 Prozent im Zeitraum 2018–2021). Betrachtet man ausschliesslich die Gewaltstraftaten, ist eine ähnliche Tendenz auszumachen. Zwischen 2018 und 2021 sind sie um 37,2 Prozent gestiegen. Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität haben sich innerhalb von drei Jahren verdoppelt (2018: 419 Straftaten; 2021: 837). Beim allergrössten Teil der jungen Täter handelt es sich um Aus-

länder oder um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die lasche, von links-grünen Richtern geprägte Rechtsprechung löst auch hier kein Problem. Busse und Freiheitsentzug können erst ab einem Alter von 15 Jahren verhängt werden. Aus Sicht der SVP haben die Jugendgerichte den Strafraumen auszunutzen sowie das Erwachsenenstrafrecht bei besonders schweren Delikten bereits ab dem vollendeten 16. Altersjahr anzuwenden. Vor allem sollten jugendliche Straftäter die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens unmittelbar spüren.

Verurteilungen und Verurteilte für ein Vergehen oder Verbrechen



Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für den Rechtsstaat und die Rechtssicherheit aller Bürgerinnen und Bürger ein;
 - fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
 - steht dafür ein, dass sich Kinder, Frauen und Männer im öffentlichen Raum sicher fühlen können;
 - fordert insbesondere die konsequente Umsetzung von Recht und Ordnung bei Nichtintegrierbaren;
 - setzt sich konsequent für Massnahmen gegen häusliche Gewalt ein und fordert insbesondere Massnahmen gegen häusliche Gewalt durch Nichtintegrierbare und durch Personen aus anderen Kulturkreisen;
 - verlangt Nulltoleranz und härtere Strafen bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Zudem sollen auch Gaffertum, Pöbeleien und andere Behinderungen der Sicherheits- und Rettungskräfte bestraft werden können;
 - fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
 - fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
 - fordert für verurteilte Vergewaltiger unbedingte Gefängnisstrafen;
 - verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten verhindert werden können;
 - unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;
 - verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Nationalitäten sowie Migrationshintergrund ausgewiesen werden;
 - fordert, dass das «Schengen»-Abkommen von Staaten mit «Schengen»-Aussengrenzen konsequent angewendet wird;
 - fordert, dass die Schweiz im Rahmen des «Schengen»-Vertrages von ihrem Recht Gebrauch macht, Grenzkontrollen wieder einzuführen, um die Einreise von illegalen Einwanderern und Kriminaltouristen zu verhindern;
 - fordert, dass das «Dublin»-Abkommen konsequent von allen teilnehmenden Ländern umgesetzt wird;
 - fordert die konsequente Anwendung des Nachrichtendienstgesetzes bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Cyberkriminalität.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- ✓ als Jugendliche weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- ✓ als Frau ein Gefühl der Angstfreiheit, wenn ich, meine Töchter, meine Familie oder Bekannte sich im öffentlichen Raum bewegen;
- ✓ als Opfer von Gewalt und von häuslicher Gewalt die Gewissheit, dass die Täter hart bestraft werden;
- ✓ griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.